

Hermann Weber, Ulrich Mählert,
Bernhard H. Bayerlein,
Horst Dähn, Bernd Faulenbach,
Jan Foitzik, Ehrhart Neubert,
Manfred Wilke (Hrsg.):
Jahrbuch für Historische
Kommunismusforschung,
Bd. 2005, Aufbau-Verlag Berlin
2005, 464 S. (75 €) (enthält
Internationale Newsletter der
Kommunismusforschung, Nr. 18)

Auch die neue, zwölfte Ausgabe des Jahrbuchs ist wieder in bewährter Weise eine Zusammenstellung von Forschungsaufsätzen, Diskussionsartikeln und biographischen Skizzen, die zumeist auf Archivrecherchen gestützt sind. Wenn nicht, dann greifen sie auf die umfangreiche Forschungsliteratur zurück und liefern auf dieser Grundlage Einschätzungen. Abgerundet wird der Band durch Sammelbesprechungen sowie den Internationalen Newsletter der Kommunismusforschung mit Kurzinformationen zu Tagungen, Forschungsprojekten und Publikationen.

Das Inhaltsverzeichnis weist nur einen Schwerpunkt, nämlich Südosteuropa, aus. Deswegen thematischer Zusammenhang wird ausschließlich durch die Geographie bestimmt. Zum einen geht es um die Konstruktion einer »Zivilreligion« in Titos Jugoslawien (Sergej Flere), mit der eine Klammer für das multiethnische Land geschaffen werden sollte. Dann wird die Familienpolitik in Bulgarien skizziert (Ulf Brunnbauer), die einerseits die Integration der Frau in das Arbeitsleben in die Wege leiten sollte – wie in allen anderen Gesellschaften des »realen Sozialismus« im Widerspruch zwischen Aufrechterhaltung der Kleinfamilie und Angeboten zur »Vergesellschaftung« der Hausarbeit –, dann aber auch eine spezifische üble ethnische Wendung nahm, als es darum ging, die höheren Geburtsraten der nationalen Minderheiten »in den Griff zu bekommen«. Und schließlich wird noch ein bisher wenig beachteter Schauprozess in Rumänien im Jahre 1951 dargestellt (William Totok), der zwar den allgemeinen Schemata dieser Prozesse folgte, aber mit seinen Ange-

klagten aus der römisch-katholischen Kirchenhierarchie gegen eine »untypische« Minderheit zielte.

Aufgemacht wird der Band dagegen mit einem sicherlich auf ein breiteres Interesse stoßenden, inhaltlich gewichtigen Beitrag des Osteuropa-Historikers Bernhard Bonwetsch, in dem er einen Überblick über die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage der neuesten Forschungen gibt. Hierin werden die Stalinsche Politik und Strategie und die Folgen für die sowjetische Bevölkerung materialreich und thematisch ausgewogen skizziert. Merkwürdig unbestimmt bleibt er nur in der Frage der »Präventivkriegsthese«, die er zwar in Zweifel stellt, was man aber viel entschiedener tun kann. Schließlich darf man sich nicht davon ablenken lassen, dass Hitler zwar die Weisung für den »Fall Barbarossa« zwar im Jahre 1940 gab, dass der Angriff auf die Sowjetunion aber letztlich im Mittelpunkt der gesamten Kriegsvorbereitungen Nazi-Deutschlands stand – und die wurden unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 eingeleitet. Im Übrigen hatte das Hitler ja auch schon ausführlich in Mein Kampf proklamiert, ein Buch, das Stalin durchaus im Unterschied zu vielen anderen gelesen hatte.

Das gute Dutzend weiterer Beiträge umfasst mehrere ineinander greifende Themenkomplexe. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit dem postsowjetischen Geschichtsbild, wie es in Geschichtslehrbüchern heute vermittelt wird (Jan Foitzik), wobei es vor allem um die Frage des russisch-sowjetischen Imperiums in seiner Konfrontation mit dem Westen geht, und um die postsowjetische Erinnerungskultur an den »Großen Vaterländischen Krieg« (Andreas Langenohl).

Ein weiterer solcher Mini-Schwerpunkt stellt die sowjetische Österreich-Politik nach 1945 dar (Stefan Karner/Peter Ruggenthaler und Wolfgang Mueller) und geht – kontrovers – der Frage nach, welchen Absichten Stalin dabei nachging: einen weiteren volksdemokratischen bzw. sozialistischen Staat schaffen oder nicht? Die von der Sowjetunion noch in den letzten Kriegstagen eingesetzte Regierung Renner erwies sich als wesentlich stabiler, und die KPÖ als wesentlich weniger verankert, wie ursprünglich gedacht. So verringerten sich die Erwartungen der Sowjetunion sehr schnell,

da zudem die Aufmerksamkeit durch wichtigere Länder in Beschlag genommen wurde. Andererseits ist das hier aber auch wieder ein Fall, der zeigt, wie unterschiedlich, d. h. gegensätzlich, manchmal Quellen interpretiert werden können, wenn es sich etwa um vergleichsweise unklare Notizen handelt. In diesem Fall geht es um eine solche von Šdanov aus dem Jahre 1944 über sowjetische Nachkriegspläne.

Die Beschäftigung mit dem »großen Terror«, der das Charakteristikum des Stalinismus ist, ist eine Konstante des Jahrbuchs seit dem ersten Erscheinen. Hier veröffentlicht Wladislaw Hedeler eine Darstellung eines Lagerkomplexes, in den nach 1937 viele Ehefrauen verhafteter deutscher »Volksfeinde« verbracht wurden. Mehrere Sammelrezensionen ergänzen diese Thematik. Auf die DDR wird durch eine Analyse des Luxemburg-Liebknicht-Gedenktages (Barbara Könczöl) und durch einen Beitrag zur DDR-Verfassung von 1968 eingegangen (Giandomenico Bonanni), was durch die biographische Skizze eines »Basiskaders«, der in den fünfziger Jahren mehrfach bei der SED-Bürokratie aneckte und ausgeschlossen wurde, ergänzt wird (Ulrich Mählert). Dazu kommt ein Beitrag, der dem Verhältnis der DDR zur RAF und speziell zu Ulrike Meinhof nachgeht (Andreas Förster). Das weist aber auch auf die Geschichte der ›Neuen Linken‹ in der Bundesrepublik, zu der sich Gerd Koenen anhand der jüngsten Kontroversen um Rudi Dutschke und sein Verhältnis zur Gewalt äußert. Schließlich werden die umfangreichen Memoiren von Mátyás Rákosi vorgestellt (Endre Kiss), die vor einigen Jahren in Ungarn erschienen sind, aber über deren Inhalt aufgrund der sprachlichen Schranken kaum etwas in eine interessierte internationale Öffentlichkeit vorgedrungen ist. Rákosi hatte durch seinen (bildungs-)bürgerlichen Hintergrund eine zweifellos untypische Herkunft im Vergleich zu den übrigen »Ostblockführern« nach 1945. Ebenso untypisch ist, dass er dann, nach seiner Absetzung 1956, eine Reflexion versuchte, die der Autor vor allem psychologisch zu deuten versucht. Dem anhand des Originals nachzugehen, wird wohl für die allermeisten Interessierten weiterhin an der Sprachenschanke scheitern. Einige weitere Rezensionen und der Berichtsteil im Newsletter runden diesen Band ab.

Wie immer bietet also das Jahrbuch ein breites thematisches Spektrum mit einem Autorenkreis, der die unterschiedlichsten inhaltlichen Konzeptionen vertritt. Es ist jedoch vielleicht zu ausschließlich auf die Herrschaftsgeschichte des Kommunismus zentriert, wobei durchaus verschiedene Akzente in der Analyse der inneren Herrschaftsmechanismen, etwa anhand der Auseinandersetzungen innerhalb der Partei oder im Verhältnis zwischen Staatsmacht und Gesellschaft gesetzt werden, was allerdings auch zu einer starken Mittel- und Osteuropa»lastigkeit« geführt hat. Was allerdings eher fehlt, ist die Bewegungsgeschichte, d. h. die Analyse kommunistischer Parteien und Bewegungen dort, wo sie nicht herrschten. Doch ist das vielleicht nur den Zufälligkeiten der eingereichten Beiträge geschuldet und erscheint nicht etwa den Herausgebern eher als Teil der allgemeinen Sozialgeschichte bzw. der traditionellen Geschichte der Arbeiterbewegung, damit als Bereich für andere Publikationsorte.

REINER TOSSTORFF

Gunnar Heinsohn, Otto Steiger:
Eigentumsökonomik, Metropolis-
Verlag Marburg 2006, 270 S.
(21,80 €)

Nach ihrem großen Werk *Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft* (1996/2004), einem »Jahrhundertbuch« (vgl. UTOPIE kreativ 147, S. 86 ff.), präsentieren die Autoren mit dem vorliegenden Band eine eigentumstheoretische Erweiterung ihres Ansatzes, dessen Präzisierung und Vertiefung. Editorisch handelt es sich hierbei um die Neufassung der Schrift *Eigentumstheorie des Wirtschaftens* versus *Wirtschaftstheorie ohne Eigentum* aus dem Jahre 2002, welche nunmehr in revidierter und wesentlich erweiterter Gestalt einem größeren Publikum vorgelegt wird. Die Begründung für diese Arbeit ergibt sich unmittelbar aus dem Forschungsplan der Autoren. Sie ist getragen vor allem von der Absicht, den in den bisherigen Veröffentlichungen verfolgten *volkswirtschaftstheoretischen* Ansatz zu ei-

nem umfassenden *gesellschaftstheoretischen* Erklärungskonzept weiter zu entwickeln.

Die übergreifende forschungsleitende Frage, die es in diesem Zusammenhang zu beantworten gilt, ist die nach dem *Verlust*, welcher durch den *Zins* ausgeglichen werden soll. Diese Frage ist gleichbedeutend mit der Begründung eines positiven Zinssatzes. Die Antwort, die Heinsohn und Steiger hierauf geben, unterscheidet sich grundlegend von allen bisher vorgelegten Zinstheorien: Sie akzeptiert weder einen temporären Profitverlust (klassische politische Ökonomie) noch einen temporären Konsumverlust (Neoklassik), noch einen temporären Verlust an Liquidität (Keynesianismus) als Erklärung für den Zins. Vielmehr entsteht dieser »aus dem temporären Verlust der Verfügung über *Eigentum* bei der kreditären Schaffung von *Geld*« (S. 9). Zur Verdeutlichung dieses »zinsbegründenden Verlustes«, welcher »aus der Aufgabe eines immateriellen Ertrages von *Eigentum*« resultieren soll, bedienen sich die Autoren bezeichnenderweise des begrifflichen Konstrukts der *Eigentumsprämie*. Diese Begriffswahl sagt zugleich etwas über die Herkunft der Autoren aus: Sie kommen aus dem Lager der Keynesianer.

Fundamental für das Verständnis dieses Erklärungsansatzes ist die Unterscheidung a) zwischen *Eigentum* und *Besitz*, b) zwischen *Wirtschaften* und *Produzieren* und c) zwischen »Geldschaffungszins« und »Leihzins«. *Geld* entsteht durch die Belastung von *Vermögen* als »anonymisierter Anspruch auf *Eigentumstitel*« eines Gläubigers auf dem Wege eines Kreditkontrakts. Es ist daher untrennbar mit *Kredit* und *Zins* verbunden, weshalb die theoretische Beschäftigung mit ihm immer alle drei Begriffe einschließt. Die Konsequenzen sind so einfach wie schlagend: Nur »*Eigentumsgesellschaften*« kennen so etwas wie »*Wirtschaft*«. Und nur hier gibt es »*Geld*, *Kredit* und *Zins*«. Alle anderen Ordnungen fußen lediglich auf *Besitzverhältnissen*, betreiben *Reproduktion* (statt *Wirtschaft*) und funktionieren auf der Basis von *Befehlsgewalt* und *politischer Herrschaft*. Dies gilt für feudale *Gesellschaften*, namentlich aber auch für den *Kommunismus*, worunter hier auch der *Staatssozialismus* gefaßt wird.

Neu gegenüber der ersten Fassung wurde das Kapitel »*Eigentumsprobleme der Entwicklungs- und Transformationsländer*« aufgenommen. Die Autoren wollen hier zeigen, daß die Armut

der Entwicklungsländer wesentlich auf *Versäumnisse* bei der Etablierung *privaten Eigentums* zurückgeht. Analog dazu wird der Mißerfolg der *Transformation* in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern auf *Verzögerungen* bei der *Schaffung privaten Eigentums* zurückgeführt. Beide Erklärungsversuche überzeugen jedoch nicht. Zum einen ist die analytische Basis für derartige Begründungen hier viel zu schwach ausgearbeitet. Zum anderen erfolgt die *Darstellung* zu holzschnittartig, so daß sie der *Komplexität* der Problematik nicht gerecht wird. Zudem wurde dem zweiten Abschnitt dieses Kapitels eine *Einleitung* vorangestellt (S. 204 f.), die aus der Zeit des Kalten Krieges zu stammen scheint. Für die hier behandelte Thematik jedenfalls ist sie ohne erkennbaren Nutzen, so daß die Autoren besser darauf hätten verzichten sollen.

Die *Radikalität* des hier vorgestellten Ansatzes hat zwangsläufig die *Vereinsamung* ihrer Vertreter zur Folge. Und dies nicht nur in der aktuellen Debatte, sondern auch im theoriehistorischen Kontext. So sehen sie einzig in dem schottischen Merkantilisten James Steuart (1712-1780) einen Verbündeten. Alle anderen Theoretiker sind in ihren Augen gescheitert, weil sie das *Wirtschaften*, insbesondere aber *Zins* und *Geld*, ohne *Eigentum* zu erklären versuchten. Und auch die gegenwärtige Diskussion gleicht einem »*Krieg*« Heinsohns und Steigers gegen alle bzw. aller gegen Heinsohn und Steiger, worüber die zahlreichen Zitate und Fußnoten im Buch Aufschluß geben. Damit der Leser diesen Aspekt auch gebührend würdigen kann, ist dem Text ein 18-seitiges Debattenverzeichnis beigelegt worden. Hierin sind alle Quellen der »*Kritik* und *Weiterentwicklung*« des zehnjährigen Meinungsstreits zwischen 1996 und 2005 aufgeführt. Eine bemerkenswerte Auflistung! Schon ein oberflächlicher Blick auf einige der hier genannten Namen und Quellen läßt erkennen, wie umstritten der von Heinsohn und Steiger vertretene Ansatz ist. Es wird aber auch deutlich, daß er unbedingt ernst zu nehmen ist und bei der Beschäftigung mit *Fragen des Eigentums* und *des Geldes* nicht ignoriert werden kann. Dies gilt insbesondere auch für aktuelle wirtschaftspolitische Debatten, z. B. über *Privatisierung* und *öffentliches Eigentum* oder über *Geld-, Zentralbank- und Zinspolitik*.

ULRICH BUSCH

Christoph Henning:
Philosophie nach Marx.
100 Jahre Marxrezeption und die
normative Sozialphilosophie
der Gegenwart in der Kritik,
 transcript-Verlag Bielefeld 2005,
 659 S. (39,80 €)

Der Kulturwissenschaftler Christoph Henning hat mit seinem Buch einen theoretischen Rundumschlag vorgelegt, dessen Waffe das Breitschwert, nicht aber das Skalpell ist. Henning tritt an, in Form einer »Destruktion des Überlieferungsgeschehens« (S. 23) den Rezeptionsschutt wegzuarbeiten, der sich im Laufe von mehr als einem Jahrhundert in der marxistischen wie antimarxistischen Theoriegeschichte angesammelt und unser Verständnis von *der* Marxschen Theorie entscheidend geprägt hat. Den leitenden Gesichtspunkt, unter dem ein enormes Textmaterial ökonomischen, soziologischen, philosophischen und theologischen Denkens bearbeitet wird, liefert die These, die gesamte nach-marxsche Theoriegeschichte sei als Prozess des »Verlust[es] des Gegenstands Gesellschaft« (S. 29) zu begreifen. Was bei Marx noch originäres Objekt kritischer Theoriebildung gewesen sei, zerfalle in den verschiedenen Disziplinen »bürgerlichen«, aber auch bereits in der »orthodoxen« Richtung marxistischen Denkens in die Dichotomien von Subjekt versus Objekt, Technik versus Ethik, Arbeit versus Interaktion, Mensch-Mensch versus Mensch-Ding-Relationen usf. In den einzelnen Kapiteln, die eine kurze Aufarbeitung der Marxrezeption in den jeweiligen Fachgebieten enthalten und auch unabhängig voneinander lesbar sind, finden sich zugleich »systematische Kernpunkte«, die einen Zugang zum, wie es naiv-hermeneutisch heißt, »von Marx gemeinten Sinn« (S. 23) seiner Texte liefern sollen. Dessen Kritik der politischen Ökonomie wird als Ansatz begriffen, der empirische Erscheinungen der kapitalistischen Moderne durch theoretische Mittelglieder hindurch mit nichtempirischen Modellen zu erklären beansprucht (S. 335, 564). Weder dürften die Modelle empiristisch verkürzt als unmittelbare Beschreibungen empirischer Prozesse verstanden werden (so geschehen im tra-

ditionellen Marxismus (S. 37)), noch sei die nichtempirische Ebene ungestraft von ihrem Zusammenhang mit der erfahrbaren Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu trennen (wie es für die mannigfaltigen »Verphilosophierungsversuche« bis hin zum Hegelmarxismus (S. 569) diagnostiziert wird). Die Entfernung von der Wirklichkeit wird vor allem der normativen Sozialphilosophie der Gegenwart von Rawls und Habermas bis hin zur Wirtschaftsethik bescheinigt, der mit einem »therapeutischen Realismus« (S. 547) begegnet werden soll.

Dabei ist Henning zwar zuzustimmen, wenn er den normativistischen Modellkonstruktionen der Gegenwartsphilosophie wie den Prämissen der neoklassischen Ökonomie vorwirft, bereits mit der schnöden Alltagserfahrung in Konflikt zu geraten und zentrale empirische Probleme der globalisierten Menschheit schlicht zu ignorieren: »Wir hören von Elend und Krieg, spüren natürliche Triebe und müssen unsere Rechnungen bezahlen« (S. 546). Doch dieser Ansatz gerät nicht selten zu einer unbegründeten Substantialisierung des common sense und unserer »Intuitionen«, respektive der »harten Wirklichkeit« als Kriterium der Bewertung von Theorien und »Wegzeichen« (S. 547) zu einer sachhaltigen Analyse der Gegenwart. Von hierher speist sich wohl auch der grobschlächlige und hemdsärmelige Argumentationsstil des Autors, wenn es um die Bewertung der Überlegungen der Kritischen Theorie, die schlicht unter »Religion« abgekanzelt wird, oder des bundesdeutschen Marxismus der 1970er Jahre geht, »der aus den Marxschen Texten nicht mehr zur Welt kam« (S. 569). In der Charakterisierung des »Neomarxismus« wimmelt es zudem von sachlichen Fehlern, z. B. in der Bewertung der monetären Werttheorie, die Henning als Position (miss-)versteht, die einen logischen Primat des Geldes vor dem Wertbegriff vertrete und es derart als nicht weiter erklärbare Prämisse behandle (S. 171). Hier wird auch die »Wertformanalyse« von einem Teil des Marxschen »Kapital« kurzerhand zu »einem späten Ausläufer adornitischer Sozialphilosophie« (S. 170) und wird jemand wie Ernest Mandel zu einem Theoretiker (v)erklärt, der die Zentralität des Geldes für die Marxsche Werttheorie erkannt habe (S. 172). Jeder, der

sich ernsthaft mit der Rezeptionsgeschichte der Marxschen Geldtheorie befasst hat, kann über solche Thesen nur den Kopf schütteln. Ist doch Mandel derjenige, der in seiner »Marxistischen Wirtschaftstheorie« mit dem größten Aufwand versucht, die Engelsschen Mythen einer einfachen, geldlosen Warenproduktion mittels vermeintlicher empirischer »Beweise« zu retten. Bei näherer Betrachtung findet man eine ganze Reihe derart befremdlicher Thesen, vornehmlich zur neuen Marx-Lektüre in der Bundesrepublik. Geradezu verächtlich ist da von »Deduktionsmarxismus« (S. 332) die Rede, werden die unterschiedlichsten Theoretiker unter das Label »Hegelmarxismus« subsumiert (selbst solche, die, wie Klaus Holz, sich nichts Geringeres vornehmen, als Dialektik und Identitätsphilosophie grundlegend zu verabschieden!) (S. 563) oder nimmt es Henning nicht so genau mit den Aussagen seiner Lieblingsgegner, namentlich dem Marxologen Hans-Georg Backhaus (S. 171, Fußnote 115). Hennings spärliche Bemerkungen zur Methode der Marxschen Ökonomiekritik fußen dabei weitgehend auf den Ausführungen des analytischen Philosophen Ulrich Steinvorth (u.a. S. 335, 563). Mit dessen unzweifelhaft interessantem und elaboriertem Versuch einer einheitswissenschaftlichen Konzeption Marxscher Dialektik werden aber auch dessen Schwachpunkte schlicht reproduziert. Marx' Geldtheorie erscheint so als eine von pragmatischen »Regelzusammenhängen«, was ihre Differenz zu klassischen Ansätzen nicht mehr erkennbar werden lässt (S. 175). Das erste Kapitel des »Kapital« könne »überschlagen« werden, »ohne dem Buch einen Abbruch zu tun« (S. 146) und die Darstellungsweise sei lediglich »didaktisch sinnvoll[e]« Ordnung chaotischen Materials (S. 145). Wie dann, ohne einen Begriff von Wert und Wertform, noch Geld und Kapital zu begreifen sind, bleibt Hennings Geheimnis. Fragen, die bei einer Rezeption Steinvorths auftauchen, z.B. der, wie »unwirkliche« Widersprüche, für die er diejenigen von Gebrauchswert und Wert, Ware und Geld hält, in einer Krise plötzlich zu wirklichen werden können, weicht Henning schlicht aus. Sein »Zurück zu Marx« (S. 13), so treffend es viele tatsächliche Fehlinterpretationen aufdeckt (obwohl ihm hierin keinesfalls Originalität bescheinigt werden kann),

entpuppt sich so nicht selten als eine simulierte Orthodoxie, die mit einer Oberflächlichkeit und Selbstverständlichkeit methodologische Fragen übergeht, die einem den Atem verschlägt.

Ein weiteres Ärgernis hängt mit der Stärke des Buches zusammen: Dessen ungeheurer Materialreichtum geht bisweilen in einen wahrhaften Zitier- und Fußnotenwahn über (bis zu 30 Buchtitel zu einem Stichwort sind keine Seltenheit; das Literaturverzeichnis umfasst 88 (!) eng bedruckte Seiten), der etliche Werke meist ohne Seitenangaben als Belegstellen anführt, der Bücher angibt, die noch gar nicht veröffentlicht sind (So z. B. Krätke 2002) oder es auch sonst mit deren Erscheinungsjahr, z. B. Dieter Wolf 1980 (tatsächlich 1985) bzw. 2003 (tatsächlich 2002) oder den Namen von Autoren – Lucio Colletti wird zu Coletti (S. 41, 329, 585), Gert Schäfer zu Gerd Schäfer (S. 640) usw. – nicht so genau nimmt.

Dennoch kann dieses Buch sowohl für solvente Einsteiger in die Beschäftigung mit »dem« Marxismus als auch für solche, die sich mit den Geisteswissenschaften der Gegenwart herumschlagen wollen, von Nutzen sein. Bei einem Preis von fast 40 Euro und der Konzentration auf Rezeptionsgeschichte hätte aber ein Personenverzeichnis nicht schaden können.

INGO ELBE

Matthias Steinbach (Hrsg.):
 Universitätserfahrung Ost.
 DDR-Hochschullehrer im
 Gespräch. Unter Mitarbeit
 von Michael Ploenus.
 Reihe manuskript – Archiv zur
 Bildungs- und Wissenschafts-
 geschichte, Bd. 1. Verlag Bussert
 & Stadeler Jena 2005, 332 S.
 (24,90 €)

Neun Emeriti, einstige DDR-Hochschullehrer verschiedener Disziplinen, werden zu ihrer Tätigkeit an der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) in Jena befragt. Das Augenmerk von Matthias Steinbach und Michael Ploenus gilt vorzugsweise den Geisteswissenschaftlern. Die

entstammen den Jahrgängen 1921 bis 1931. Die Autoren begründen die Konzentration auf das geistige Fach mit ihrer Kompetenz als Historiker. Der Chemiker Günther Drefahl (Jg. 1922), der ab 1962 der FSU mehrere Jahre als Rektor vorstand, bildet die Ausnahme von der Regel.

Fixpunkte aller Gespräche sind die Fragen zu den großen politischen Zäsuren in der DDR, die sich mit den Jahren 1953, 1961 und 1968 verbinden. Die diesbezüglichen Auskünfte ermöglichen es auch den Nachgeborenen, die graduellen Unterschiede in den subjektiven Wahrnehmungen zu erkennen. Allein am Beispiel des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 wird das Problematische der individuellen Erinnerung erkennbar: Der Sportwissenschaftler Prof. Willi Schröder (Jg. 1927) etwa will an diesem Tag auf dem Hallmarkt in Halle (Saale) Erna Dorn als Sprecherin erlebt haben, obwohl keine stichhaltigen Beweise existieren, dass die »Kommandeuse« (Stephan Hermlin) dort wirklich als Rednerin aufgetreten ist. Auch die Erinnerungen von Prof. Hans Richter (Jg. 1928), der den 17. Juni 1953 in Jena erlebte, zeugen m. E. von einer selektiven Wahrnehmung der Ereignisse. Bezogen auf das Arbeitsumfeld mag stimmen, was der Amerikanist Prof. Karl-Heinz Schönfelder (Jg. 1923) zu Protokoll gab, demzufolge der 17. Juni 1953 im Fachbereich Anglistik »überhaupt keinen Einfluss« hatte.

Günther Drefahl wird, was den Mauerbau vom 13. August 1961 betrifft, für das Gros seiner einstigen Professorenkollegen sprechen, wenn er beteuert: »Bis auf die profunden Marxisten und Parteifunktionäre empfand man die Mauer als eine Schande ...« Es wurde den meisten Jenaer Professoren schlagartig bewusst, dass die Grenzschießung sie von den internationalen Wissenschaftsforen (Vorträge, Konferenzen, Forschungsaufenthalte etc.) dauerhaft abschnitt. Allein der Kunsthistoriker Prof. Bernhard Wächter (Jg. 1924) betrachtete den Mauerbau – freilich aus privaten Erwägungen heraus – als »eine Art Erlösung«: »Denn mit einem Schlag war die untergründig doch immer noch lauernde Frage, wie machst du es nun richtig, beantwortet. Nun war sicher, dass man nicht mehr raus kam.« Prof. Wächter bekennt aber auch explizit, dass er es in der

DDR, so gegenüber dem MfS, an Zivilcourage habe fehlen lassen. Unter den Interviewten ist niemand ein Zuträger des MfS gewesen. Also beteuert auch keiner der Professoren, dass der »faustische Pakt« mit dem Mielke-Ministerium eine Art der Weltverbesserung hätte bedeuten können – so hatte der Jenaer Kunsthistoriker Prof. Friedrich Möbius in seiner Autobiographie von 2001 seine Kooperation mit der Stasi begründet.

Eher gelassen reagierten die meisten Befragten nach eigenen Angaben im Jahre 1976 auf die Ausbürgerung von Wolf Biermann. Der Kunsthistoriker Bernhard Wächter erinnert sich, dass das Ereignis in seiner Abteilung »keine allzu großen Wellen geschlagen« hat und ergänzt: »Ich weiß nicht einmal mehr, ob wir eine Erklärung gegen ihn unterschrieben haben.«

Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten hin oder her, Unwägbarkeiten gab es für Lehrstuhlinhaber im Universitätsalltag zahllose. Und je unorthodoxer ein Hochschullehrer – gemessen an den parteipolitischen Vorgaben – auftrat, um so problematischer konnte seine Position sein. Aber wohl kaum ein Lehrender dürfte mit solchen Argusaugen (auch und vor allem denen des allgegenwärtigen MfS) beobachtet worden sein wie der Professor für praktische Theologie Klaus-Peter Hertzsch (Jg. 1930). Es blieb aber selbst für die DDR ein singuläres Phänomen, dass ihm und seinen Kollegen von der Sektion Theologie mit dem (in seinem Amt eher unglücklich wirkenden) Olof Klohr ein Professor für wissenschaftlichen Atheismus vor die Nase gesetzt wurde. Aber Klohr, so Hertzsch, sei ein jovialer Mensch gewesen und habe »hier (in Jena) eine geringere Rolle (gespielt) als in der westdeutschen Medien-Öffentlichkeit«. Prof. Hertzsch bestätigt auch, bei der Ausgestaltung der Lehre, von den allgemein gültigen Hochschulrahmenbedingungen abgesehen, autonom gewesen zu sein.

Dass es politisch akzentuierte Kampagnen nicht nur gegen Theologen, sondern auch gegen Wissenschaftler anderer Provenienz gab, zeigt der Fall des Pädagogikprofessors und SED-Mitglieds Rudolf Menzel (Jg. 1921), der 1962 Opfer einer Rufmordaktion wurde, als er in seiner Habilitationsschrift den Schulunterricht in der DDR kritisch befragte. Man be-

zichtigte ihn des Revisionismus, der Überheblichkeit und »bürgerlicher Allüren«. Menzel fühlte sich nach eigenem Bekunden wie ein Angeklagter in einem Inquisitionsverfahren. Der Vorwurf eines »bürgerlichen Standpunkts« war eine ideologische Keule, die in Jena gern geschwungen wurde. So gegen den Germanisten Prof. Joachim Müller, auf den sein Schüler und Kollege Hans Richter zu sprechen kommt. Auch der Slawist Gerhard Schaumann (Jg. 1927) wurde kurz nach dem Mauerbau gemäßregelt. Ein probates Mittel gegen Unbotmäßigkeit war das SED-Parteiverfahren. Weil Schaumann mit einigen Kollegen gegen das Mundtotmachen von Kritikern seine Stimme erhob, wurde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Derartige Disziplinierungsmaßnahmen prägten künftiges Auftreten. Kritik wurde, wenn überhaupt artikuliert, meist weich verpackt, um nicht die eigene Position zu gefährden – ob direkt oder zwischen den Zeilen formuliert: Zum Helden oder Märtyrer fühlte sich niemand berufen.

Eins bedauern die Befragten unisono: Die kaum zu beziffernde, auf jeden Fall verlorene Zeit, die auch an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena zu DDR-Zeiten mit Zusammenkünften vertan wurde, die rein gar nichts mit universitärer Lehre und Forschung zu tun hatten.

In seinem die Vorzüge und Nachteile derartiger Befragungen klug abwägenden Vorwort nennt der Spiritus rector des Unternehmens, Matthias Steinbach, Geschichte als »Dialog zwischen Menschen und Zeiten«. Deshalb bilden für den Jenaer Historiker auch und vor allem »Zeitzeugenberichte in Form lebensgeschichtlicher Interviews« ein notwendiges Korrektiv zu den geglätteten Einseitigkeiten des offiziellen DDR-Schrifttums. Denn der Erkenntniswert der schriftlichen Hinterlassenschaften der »wirklichkeitsfremden Bürokratie« namens DDR, auch das deutet der Herausgeber an, ist für die historische Forschung oft erschreckend gering.

Der Band hätte gewonnen, wenn zu jedem Gesprächspartner ein Lebenslauf abgedruckt und eine Auswahl wichtiger Publikationen aufgeführt worden wäre. Im Abkürzungsverzeichnis fehlt die Erklärung für das von Rudolf Menzel auf Seite 71 verwendete Kürzel GVH.

Es ist fraglos, dass die von Steinbach und

Ploenus geführten Gespräche das Bild von der Lust und Last, die in der DDR mit einer Professur im Allgemeinen und an der FSU in Jena im Speziellen verbunden waren, schärft. Es wäre jetzt an der Zeit, auch die Naturwissenschaftler, die zu DDR-Zeiten in Jena tätig waren, zu befragen. Das Buch kann Vorbildfunktion für alle Hochschulen in Ostdeutschland haben, ihren einstigen Hochschullehrern ähnliche Fragen zu stellen – auch und gerade dann, wenn die zwischen 1949 und 1989 liegende Geschichte der Universitäten von Greifswald bis Dresden nach den Quellen aufgearbeitet und publiziert sein sollte. Nicht nur Akten, auch die subjektive Authentizität von Zeitzeugen ist von Bedeutung.

KAI AGTHE

Günther Glaser:

»...auf die andere Seite übergehen«. NVA-Angehörige in Krise und revolutionärem Umbruch der DDR. Studie mit Dokumenten (22. September – 17./18. November 1989), edition bodini Berlin 2005, 64 S., 10 Dokumente. (10,80 €)

Das Grundanliegen von Günther Glaser ist es, konkret historisch zu analysieren, welchen Stellenwert das Verhalten der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR für den friedlichen Verlauf der demokratischen Revolution im Herbst 1989 besaß. Er wendet sich damit einem in der Literatur umstrittenen Sachverhalt zu. Obwohl zu keiner Zeit versucht worden ist, die Bürger- und Oppositionsbewegung mit militärischer Gewalt niederzuschlagen, ist verschiedentlich zu lesen, dass dennoch das Vorhandensein einer derartigen Option nicht ausgeschlossen werden könnte. Die Bildung von Hundertschaften aus Armeeangehörigen zur Verstärkung der Polizei und Überlegungen Erich Honeckers, die immer stärker anschwellende Bürgerbewegung auf den Straßen Leipzigs durch militärisches Eingreifen zurückzudrängen sowie die am 10. November für militärische Formationen im Raum Berlin aus-

gelöste »Erhöhte Gefechtsbereitschaft«, die am 11. November wieder aufgehoben wurde, sprechen durchaus für die genannte Option. Wenn es dennoch – abgesehen von den Hundertschaften – zu keinem weiteren militärischen Einsatz kam, ist das auf eine Reihe miteinander verflochtener Geschehnisse und Umstände zurückzuführen, zu denen der Rezensent sich ausführlich geäußert hat. (Siehe Paul Heider: Nationale Volksarmee – Ultima ratio zum Erhalt der SED-Herrschaft?, in: Stefan Bollinger (Hrsg.), Das letzte Jahr der DDR, S. 100-123).

Zu den dort genannten Umständen zählt u. a., dass ein Einsatzbefehl für die NVA wegen des inneren Zustandes der Truppe im Kontext mit den anderen Faktoren mit einer Reihe von Unwägbarkeiten verbunden gewesen wäre. Dieser Befund wird von Glaser im Ergebnis weiterer Untersuchungen und beigebrachter, bislang kaum bekannter Fakten und auch durch die Dokumentenanlagen zu seiner Studie erhärtet. In dem von ihm behandelten Zeitabschnitt bot die NVA kein einheitliches Erscheinungsbild mehr und stand nicht mehr geschlossen hinter der Partei- und Armeeführung um Honecker und Heinz Kessler. Unter der Regierung von Hans Modrow und dem neuen Verteidigungsminister Theodor Hoffmann bewies die NVA Loyalität, die allerdings auf allen Ebenen mit Erwartungen für eine tiefgreifende strukturelle Umgestaltung verbunden war, denen durch reformorientierte basisdemokratische Bewegungen an wissenschaftlichen Einrichtungen und in der Truppe selbst gehörig Nachdruck verliehen worden ist. In diesem von Glaser nachgezeichneten Prozess gerieten die konservativ orientierten Führungskräfte der Armee, die auf den verschiedenen Führungsebenen bereit waren, die alte überlebte Ordnung zu verteidigen, in die Isolierung. Die in einem widersprüchlichen Wandlungsprozess befindliche Armee verhielt sich auch den Bürgerbewegungen gegenüber kooperativ, noch vor der Bildung des »Runden Tisches« beim Verteidigungsminister kam es verschiedentlich zur Zusammenarbeit mit diesen. Ein neues Verhältnis zwischen Armee und Gesellschaft begann sich herauszubilden, wie Glaser an Inhalt und Verlauf der bislang kaum beachteten Tagung der Volkskammer der DDR am 17./18. November 1989 nachweist. Mit der

Regierungserklärung Modrows wurde u. a. die Außen- und Sicherheitspolitik parlamentarischer Kontrolle unterstellt sowie ein neues Wehrgesetz und ein Zivildienst angekündigt. Der zu den reformbereiten Kräften zählende Vorsitzende der SED-Fraktion, Wolfgang Herger, verkündete die Trennung der SED vom Staat, was nicht zuletzt auch die Streitkräfte betraf. Die am 11. November 1989 erfolgte Auflösung der Hundertschaften ist ein signifikantes Merkmal der inzwischen eingetretenen Wandlungen. Alles in allem ist Günther Glaser zuzustimmen, dass die NVA sich nicht nur passiv zur friedlichen Revolution verhielt, wie mitunter angenommen wird, sondern dass »NVA-Angehörige einen aktiven Beitrag zur Erhaltung des Friedens im Innern der DDR« geleistet haben (S. 32).

Weitere Überlegungen sind erforderlich, um die Haltung der Armee als Ganzes zu beurteilen, wobei die durch die Militärreform vollzogenen gravierenden Einschnitte ebenso zu berücksichtigen sind wie das kooperative Verhalten von maßgeblichen Führungskräften der NVA gegenüber Vertretern der Bundeswehr auf dem Weg in die deutsche Einheit.

PAUL HEIDER

Mike Davis:
Die Geburt der Dritten Welt.
Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Association A
Berlin/Hamburg/Göttingen 2005,
460 S. (20 €)

Das in der englischsprachigen Welt viel beachtete und mit dem »World History Association Book Award« im Jahr 2002 ausgezeichnete Buch liegt nunmehr dankenswerterweise in deutscher Übersetzung vor. Es konzentriert sich auf die Frage, warum es so einen gravierenden Entwicklungsunterschied der »Ersten« (welche Selbstüberheblichkeit spricht allein aus dieser Katalogisierung!) zur »Dritten« Welt gibt. Dabei stehen die Interaktionen zwischen Weltklima und Weltökonomie im imperialistischen Zeitalter, die in einer einzigartigen »Politischen Ökologie« des Hungers

gemündet habe, im Mittelpunkt der Darstellung der »Geburt der Dritten Welt«.

Der US-amerikanische linke Historiker Mike Davis hat ein Buch von wahrhaft graviegender Bedeutung geschrieben, zum einen hinsichtlich der Fülle des gesichteten und ausgewerteten Materials, zum anderen wegen der Einbindung ökologischer und naturwissenschaftlicher Prozesse in die Geschichte und zum weiteren wegen des welthistorischen Anspruchs der Arbeit. Mike Davis geht davon aus, daß gegen Ende des 19. Jahrhunderts verschiedene Dürren ungeheuren Ausmaßes die Ernährungsgrundlagen in denjenigen Teilen der Welt, die heute »Dritte Welt« genannt werden, zerstörten.

Zwischen 1876 und 1879 sowie zwischen 1896 und 1900, so arbeitet der Autor heraus, starben in den im allgemeinen als klimabedingt definierten Hungerkatastrophen und nachfolgenden Epidemien in Äthiopien, Indien, China und Brasilien zwischen dreißig und sechzig Millionen Menschen. Zwischen 1889 bis 1891 kam es in Indien, Korea, Brasilien und Rußland infolge von Trockenheit zu Hungersnöten. In Äthiopien und im Sudan starb vermutlich ein Drittel der Bevölkerung an Hunger. In den Tropen und in Übersee blieb im Zeitraum von 1896 bis 1902 immer wieder der Monsun aus. Verheerende Malaria-, Pest-, Ruhr-, Pocken- und Choleraepidemien rafften Millionen von hungergeschwächten Menschen dahin. Als unmittelbarer Auslöser dieser wenig beachteten, aber ungeheuerlichen Massenvernichtung wurden in der Wissenschaft bislang Wetterphänomene, wie gegenwärtig wieder El Niño, verantwortlich gemacht. Doch die Natur ist allein selten so tödlich. Die ersten globalen Hunger- und Umweltkatastrophen fielen zusammen mit dem Prozeß der europäischen Kolonialeroberung in der sogenannten Dritten Welt.

Wenn man nach einer Schwäche des Buches sucht, dann findet man diese in der Darstellung der Rolle und der konkreten Auswirkungen des Kolonialismus auf die in der »Dritten Welt« lebenden Völker. So wurde verschiedentlich aus der Sicht der europäischen Kolonialhistoriographie das hier geschilderte Phänomen aufgegriffen, ohne freilich den globalen Zusammenhang, wie ihn Mike Davis darstellt, hervorzuheben. Deutlich macht der Autor je-

doch, daß der Kolonialismus die indigenen Strukturen zerstört hat und das nicht erst in der Phase der direkten Kolonialherrschaft von 1884/85 bis 1918/19. Richtig betont der Verfasser: »Wir haben es ... nicht mit »Hungerländern« zu tun, die im Brackwasser der Weltgeschichte ins Abseits geraten sind, sondern es geht um das Los der Menschheit in den Tropen, das sich just zu einem Zeitpunkt (1870-1914) änderte, als deren Arbeitskraft und Produkte zwangsweise in die Dynamik der von London gesteuerten Weltwirtschaft integriert wurden. Millionen starben nicht außerhalb des »modernen Weltsystems«, sondern im Zuge des Prozesses, der sie zwang, sich den ökonomischen und politischen Strukturen anzupassen« (S. 18).

Das Buch ist nach einem Vorwort sowie einem Kapitel, in dem Davis die Grundlagen seiner Ausführungen legt, in dem er Definitionen für verschiedene Schlüsselbegriffe anbietet, wie El Niño, Dürre oder Hunger, sodann in vier Komplexe gegliedert und nochmals in insgesamt zwölf Kapitel unterteilt. Trotz dieser Einteilungen, die zum Teil auch regionalen Koordinaten geschuldet sind, wird in der Arbeit doch häufig zwischen den Kontinenten »gesprungen«. Eine stärkere Einbettung der regionalen und zuweilen auch der thematischen Forschungsthemen in den einzelnen Kapiteln hätte der Übersichtlichkeit des Dargebotenen sicherlich nicht zum Nachteil gereicht. So gehört schon ein Großteil spezieller Kenntnisse der Weltgeschichte dazu, den Ausführungen des Autors zu folgen. Zumal er nur in den Endnoten lediglich auf Ökologie-relevante Spezialliteratur verweist und kaum Überblicksliteratur zu den behandelten Themen in den überseeischen Regionen anbietet. Hinzu kommt, daß dem Buch keine Bibliographie beigelegt ist, was seiner Nutzung nicht gerade förderlich ist.

Insgesamt gesehen handelt es sich jedoch um eine historiographische Meisterleistung, die auf neue Zusammenhänge in der Weltgeschichte hinweist und diese eindrucksvoll und im wesentlichen nachvollziehbar begründet. Das Buch sei vor allem denjenigen empfohlen, die sich mit der globalen Ökologiegeschichte beschäftigen und über historische Hintergründe der gegenwärtigen großen Naturkatastrophen und deren Folgen informiert sein wollen.

ULRICH VAN DER HEYDEN

**Wirtschafts- und Sozialwissen-
schaftliches Institut (Hrsg.),
WSI Tarifhandbuch 2006,
Bund-Verlag Frankfurt a. M. 2006,
299 S. (17,90 €)**

Selbst der Tarifabschluss der IG Metall im April 2006, der von vielen Gewerkschaftern als Erfolg angesehen wurde, beinhaltet eine Öffnung bei den Einmalzahlungen, die ein Abweichen auf betrieblicher Ebene ermöglichte. Das »Tarifhandbuch 2006« des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), das der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung zugeordnet ist, hat die Tarifabschlüsse der letzten Monate untersucht. Das Resultat: Die Tariflandschaft und die Tarifverträge unterliegen einem starken Wandel. Die Tarifbindung geht seit Mitte der neunziger Jahre zurück. Es gibt keine wichtige Branche, für die nicht in den vergangenen Jahren substanzielle Öffnungsklauseln vereinbart worden sind.

Ein Blick in die Tarifverträge der verschiedenen Branchen zeigt, wie weit die Eingriffe in die Tarifverträge gehen. Löhne, Urlaubs- und Weihnachtsgeld können betrieblich gesenkt werden. In der Chemieindustrie gibt es niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose. Eine Härtefallklausel in der Metallindustrie sieht vor, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen, wenn der Unternehmer dies will. Eine Klausel im Einzelhandel in Ostdeutschland sieht geringere Gehälter in kleineren und mittleren Firmen vor.

Die Tarifverträge in der Metallindustrie weisen ein hohes Maß an differenzierten und flexiblen Regelungen auf, betont der Tarifexperte des WSI-Instituts, Reinhard Bispinck. Tarifstandards der Branchen können in vielfältiger Weise an die »betrieblichen Bedingungen« angepasst werden. Davon wird in der Praxis auch reger Gebrauch gemacht. Die Metalltarife bieten nahezu jedes erdenkliche Maß an Arbeitszeitflexibilität. Regelungen zur Arbeitszeit wurden im Rahmen der Arbeitszeitflexibilisierung seit Mitte der achtziger Jahre vereinbart. Dazu zählen Möglichkeiten zur Arbeitszeitverlängerung, zu Arbeitszeitkonten

oder zu Arbeitszeitkorridoren. Seit Mitte der 90er Jahre werden zunehmend tarifliche Möglichkeiten zur befristeten Absenkung der Arbeitszeit vereinbart, die dem Ziel der Arbeitsplatzsicherung dienen sollen. Seit dieser Zeit ist auch zunehmend der Regelungsbereich von Lohn und Gehalt betroffen. Dabei geht es um das befristete Aussetzen vereinbarter Tarifierhöhungen, Einstiegstarife für Arbeitslose oder um die Absenkung tariflicher Grundvergütungen. Auch die leistungsbezogene Vergütung spielt eine Rolle bei Tarifverhandlungen.

Betriebsräte versprechen sich jedoch von dieser Verbetrieblichung der Tarifpolitik keine Fortschritte. Für diese Arbeitnehmervertreter ist die Verbindlichkeit von Tarifverträgen von hoher Bedeutung. Von einer zunehmenden Flexibilisierung tariflicher Regeln auf betrieblicher Ebene profitieren nach Meinung der Interessenvertreter nicht die Beschäftigten, sondern die Unternehmen – so das Ergebnis einer WSI-Befragung von Betriebsräten.

»Das System einheitlicher Flächentarifverträge, das mit verbindlichen und unabdingbaren Tarifstandards branchenbezogen die Arbeits- und Einkommensbedingungen aller Beschäftigten regelt, gehört offenkundig der Vergangenheit an«, betont WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. »Es wurde inzwischen abgelöst von einer bunt gescheckten Tariflandschaft. Diese weist ein breites Spektrum tarifvertraglicher Regelungsmuster und unterschiedliche Verbindlichkeitsgrade der Tarifbestimmungen auf.«

Damit das Tarifsystem nicht weiter zerfällt, sollen nach Beobachtung des WSI Branchentarifverträge systematischer als bislang betrieblich verankert und umgesetzt werden. Insofern gewinnt eine neu definierte »betriebsnahe Tarifpolitik« an Bedeutung. Der Gesetzgeber müsse nach Auffassung von Bispinck eine Re-Stabilisierung des Tarifsystems flankieren. Unterstützende Maßnahmen sind in vielen europäischen Nachbarländern üblich. Dazu gehören für Bispinck ein erleichtertes Verfahren der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen auch gegen den Willen der Unternehmer, eine Ausweitung des Arbeitnehmerentendengesetzes auf alle Branchen und ein gesetzlicher Mindestlohn.

MARCUS SCHWARZBACH

Bernd Hüttner, Gottfried Oy,
Norbert Schepers (Hg.):
Vorwärts und viel vergessen.
Beiträge zur Geschichte
und Geschichtsschreibung
neuer sozialer Bewegungen,
AG SPAK Bücher Neu-Ulm 2005,
176 S. (11 €)

Der im vergangenen Jahr erschienene Sammelband liefert Einblicke in Debatten, die derzeit zur Geschichte der bundesdeutschen neuen sozialen Bewegungen der letzten dreißig Jahre im sympathisierenden akademischen Milieu stattfinden. Vertreten sind verschiedene Ansätze (Selbst)reflexion über autonome, feministische, »globalisierungskritische«, diskurspolitische und weitere »Bewegungsfelder«. Schon der erste Beitrag des Bandes betont, dass solche Vielfältigkeit auch Konflikte einschließt: Imma Harms arbeitet in ihrer gegen »die Vitrinisierung der eigenen Vergangenheit« gerichteten Polemik heraus, dass die Interpretation von Protestereignissen, auch und gerade wenn sie durch an ihnen einst Beteiligte vorgenommen wird, als umstritten und umkämpft zu gelten hat. Es geht ihr um die Würdigung der oppositionellen Impulse in »einer Welt, in der die Fremdheit täglich über uns zusammenschlägt« (S. 26). Die Konjunktur, die die Erinnerung an bestimmte Segmente von Bewegungs-Politik erlebt, wie etwa die Debatte über die Rolle von Joschka Fischer in der Neuen Linken gezeigt hat, haben diese »Fremdheit« eher befestigt, zumal sie von individuellen Strategien der Verdrängung und des »Zusammenbruchs von Überzeugung« bei den Generationen ehemaliger Aktivistinnen und Aktivisten bestätigt wird. Harms Forderung, »bewusst einen subjektiven Standpunkt einzunehmen und den Widerspruch zu suchen« (S. 25) bleibt allerdings (noch?) deklamatorisch. Dies fällt auch auf, weil die beiden auf ihren Beitrag folgenden Texte sich wesentlich auf die vorhandenen Reste einer emanzipatorischen Forschung an den Universitäten beziehen und beschränken: Während Sebastian Haunss im Streit zwischen einem Verständnis neuer sozialer Bewegungen als mechanisches Nutzen der von den Institutionen nicht ver-

dauten gesellschaftlichen Konflikte oder als »antagonistische Akteure in historischen Umbruchsituationen« (S. 37) eher dem Letzteren zuneigt, setzt Dirk Lange auf das Konzept einer »Politisierung« der »Alltagsgeschichte« in der Erforschung der »vergessenen« Elemente der neuen sozialen Bewegungen. In beiden Texten geht es um die Revitalisierung von Forschungsansätzen, deren Konjunktur seit etlichen Jahren schwächelt: Während Haunss die kritischen Aspekte der (überwiegend soziologischen) Bewegungsforschung seit Tilly und Touraine betont, plädiert Lange für das »Grabe, wo du stehst« der Oral-History der 1980er Jahre, und schlägt vor allem vor, diese Wühlarbeit zu entindividualisieren und nach dem von Alf Lüdtke propagierten »Eigensinn« zu befragen.

An diese Vorschläge schließt der zweite Teil des Buches an, der sich mit einzelnen »Bewegungsgeschichten« befasst: Hier stellen zunächst Ilse Lenz und Brigitte Schneider ein Projekt zur Analyse der Neuen Frauenbewegung im internationalen Maßstab und speziell in der Bundesrepublik. Ausgangspunkt ist hier die quantitative Ermittlung von »Protestereignissen« auf der Grundlage von »Presseberichten« (S. 57). Erklärungsbedürftig ist zunächst der Umstand, dass die Zahl der »Protestereignisse« nach 1989 angestiegen ist, in einer Phase, in der nach Lenz/Schneider die westdeutsche neue Frauenbewegung wichtige »Meilensteine« ihrer »institutionellen Integration« (S. 63 ff.) schon hinter sich gebracht hatte. Doch die Ambivalenz zwischen »Protestdaten« und »Erfolgsgeschichte« bleibt ungeklärt, da sich die Autorinnen weitgehend auf die Darstellung der »Erfolge« der feministischen Bewegung konzentrieren. Angesichts dessen, dass fast alle anderen Artikel das Thema Geschlechterverhältnisse ausblenden, ist es schade, dass eine Diskussion der fortwährenden Geschlechterhierarchien lediglich thematisiert wird, indem bestimmte Forderungen (ein »allgemeines Diskriminierungsgesetz, generelle berufliche Gleichstellung, allgemeine Kinderbetreuung, Freigabe der Abtreibung«) als »nicht durchsetzbar« charakterisiert werden.

Einen anderen Begriff der Offenheit sozialer Konflikte vermittelt die Darstellung zweier »exemplarischer« migrantischer Kämpfe durch Serhat Karakayali. In seinem Text findet sich

auch eine sehr instruktive »dichte Beschreibung« der Mietstreiks/des Häuserkampfes in Frankfurt am Main (S. 122 ff.) und des Streiks bei Ford in Köln-Niehl (S. 128 ff.) in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Überzeugend wird am Ende des Textes dargelegt, dass die Rezeption dieser Kämpfe einen »Antirassismus möglich mach(t), (der...) die rassistische Überdeterminierung von Ausbeutungsverhältnissen thematisiert« (S. 131). Zugleich steht der Text auch für einen geschichtspolitischen Ansatz: für die Gruppe *kanak attak* war und ist die Thematisierung des »strukturellen Rassismus« ein Anliegen, das nicht auf die gerade in der deutschen, linken Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren immer bedeutender werdende These von der »Liberalisierung« und »Zivilisierung« der Bundesrepublik, sondern auf die prinzipielle Uneingelöstheit der Ziele der sozialen Kämpfe verweist.

Sehr lesenswert sind in diesem Teil des Buches auch die beiden Artikel von Gottfried Oy: sowohl die brillante Analyse des Diskurses um die RAF-Ausstellung als auch der kurze Abriss der »Medienpolitik« der Bewegungen sind durch die Frage nach einer Innovation der Interventionen linker Politik in die und innerhalb der allgemeinen bürgerlichen Öffentlichkeit geprägt. Die beiden Artikel werden durch einen weiteren diskurspolitischen Text ergänzt: Thomas Kunz schildert das virtuelle Gespräch zwischen »der inneren Sicherheit und ihren Kritikern«, wobei er Letzteren vor allem die immanente Ausgrenzung der Frage vorhält, die in der Bezugnahme auf die Bedrohung der »staatsbürgerlichen Rechte« liegt. Abgerundet wird dieser Abschnitt schließlich durch zwei Beispiele aus der »autonomen« Geschichtspolitik: Die »AG Grauwacke« schildert, wie ihr Buch »Autonome in Bewegung« den Geschichtsdiskurs der »Postautonomen« zugleich aufgenommen, absorbiert und gefördert hat, und Rainer Wendling schildert das Programm des Verlages Assoziation A, der das zurzeit durch die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften« (!) indizierte Buch der »Grauwacke« herausgegeben hat.

Am Ende des Buches schließlich steht ein eher blasser Artikel von Stefan Griegat, der in seiner Kritik an der letzten, bundesdeutschen Antikriegsbewegung vor allem mangelnde Einsicht in die Ambivalenz sozialer Bewegun-

gen beweist, die doch zugleich das wichtigste Rüstzeug für eine kritische Befassung wäre, neben einem sehr lebendigen Artikel von Bernd Hüttner über den Alltag und die Konflikte in und um das »Bewegungsarchiv«, in dem er seit Anfang 2000 ehrenamtlich tätig ist.

Insgesamt zeigt das Buch sowohl die Vielfalt als auch die Lücken der derzeitigen bundesdeutschen »Bewegungsgeschichte«. Vor dem Hintergrund dieser Vielfalt wäre es, in einem nächsten Schritt, vielleicht interessant, nach Verbindungen zwischen Diskursen und Diskurspolitiken, zwischen Alltag und Alltagsforschung und schließlich auch zwischen »alten« und »neuen« sozialen Bewegungen zu suchen. Es ist wiederum Bernd Hüttner zu verdanken, dass diese Perspektive am Ende des Buches eröffnet wird. In seinem Vorwort zu einem Artikel Sergio Bolognas konstatiert er, dass »Rezepte und Instrumente der 1980er Jahre, egal ob sie nun »sozialgeschichtlich« oder »postmodern« geprägt sind, (...) nicht ausreichen, um die aktuelle gesellschaftliche Konfliktualität (...) zu untersuchen.« (S. 161) Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die »Acht Thesen zu einer militanten Geschichtsschreibung«, die Sergio Bologna 1977, im Jahr der Niederlage der operaistisch geprägten Militanz in Italien, verfasst hat und die am Ende des Buches abgedruckt sind, immer noch unbeantwortete Fragen enthalten. Zu diesen gehört auch die des Zusammenhangs zwischen »militanten Historikern« und dem, was Marx als »wirkliche Bewegung« bezeichnet hat: Nicht zuletzt die Entwicklung der Protestbewegungen selbst bestimmt die Möglichkeiten ihrer Historikerinnen und Historiker.

PETER BIRKE